



# Interviews

**Datum: 30.01.2023**

**Matthias Schmale im Gespräch mit Moritz Küpper**

**Moritz Küpper:** Nun gibt es erste Stimmen, dass es abgeschafft werden soll. Die Rede ist vom Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge, kurz UNRWA. Hessens Antisemitismus-Beauftragter beispielsweise, UWE Becker, hat dessen Auflösung gefordert. „Die UNRWA ist kein Hilfswerk für die Palästinenser, sondern ein Hilfswerk für den palästinensischen Terror“, so Becker. Es gibt aber auch andere Stimmen, US-Außenminister Antony Blinken beispielsweise. Er warnt davor, das abzuschaffen.

Der Hintergrund ist aber: Die Mitarbeiter des Hilfswerks seien in den Überfall auf Israel am 7. Oktober verwickelt, so Berichte unter anderem von der New York Times. Demnach sollen Hamas-Kämpfer das israelische Grenzgebiet überfallen und nach israelischen Angaben rund 1200 Menschen getötet haben und dabei mit deren Hilfe.

Am Telefon ist Matthias Schmale, früherer Chef der UN-Palästinenserhilfe, heute in Ostafrika tätig. Er musste einst vor rund zwei Jahren Gaza verlassen - auf Druck der Hamas, wie es heißt. Guten Morgen!

**Matthias Schmale:** Guten Morgen nach Deutschland.

**Küpper:** Herr Schmale, überraschen Sie diese Berichte?

**Schmale:** Nein, im Prinzip überrascht mich das nicht. Es ist durchaus möglich, dass die zwölf Mitarbeiter, von denen die Rede ist, beteiligt waren am 7. Oktober. Es gibt jetzt eine Untersuchung und wenn die das beweist, wäre das schrecklich, und Disziplinarmaßnahmen sind bereits ergriffen worden.

Es überrascht mich ein bisschen der Zeitpunkt, denn das kommt ja kurz nach der Verkündung des Internationalen Gerichtshofs-Urteils, und es ist dreieinhalb Monate, nachdem das passiert ist. Der Zeitpunkt ist ein wenig überraschend.

**Küpper:** Halten Sie das für politisch motiviert?

**Schmale:** Ja, die Vermutung liegt nahe. Es muss aufgeklärt werden. Das sind schreckliche Anschuldigungen. Und wie gesagt: Wenn es stimmt, dann müssen weitere Disziplinarmaßnahmen getroffen werden. Aber der Zeitpunkt kommt mir doch sehr politisch bestimmt vor.

**Küpper:** Dennoch: Es gibt auch heute Morgen weitere Berichte, diesmal vom Wall Street Journal, auch wiederum unter Berufung auf israelische Geheimdienst-Dossiers. Demnach hätten rund zehn Prozent aller rund 12.000 im Gazastreifen beschäftigten Mitarbeiter des Hilfswerks Verbindungen zur Hamas oder zum islamistischen Dschihad. Ist das eine Größenordnung, die Sie glauben können?

**Schmale:** Ich halte das nicht für wahrscheinlich. Es ist ganz klar, dass es unter den 13.000 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen Leute gibt, die für Hamas Sympathien haben, aber wir haben auch in meiner Zeit immer sehr genau beobachtet, wie die Leute arbeiten, wie sie sich verhalten, ob sie sich UNO-Werten konform verhalten, und Maßnahmen ergriffen, wenn wir verstanden haben, dass das nicht der Fall ist. In meiner Zeit haben wir acht Leute, in fast vier Jahren acht Leute vor die Tür gesetzt, nicht nur wegen Verbindungen zur Hamas und anderen, sondern wegen nicht konformem Verhalten mit UNO-Werten. Eine wesentlich kleinere Prozentzahl von 0,04 Prozent oder so. Ich halte das, was jetzt im Wall Street Journal erschienen ist, für total übertrieben.

**Küpper:** Aber kann man oder kann das UNRWA im Gazastreifen helfen, ohne auf die Hamas angewiesen zu sein oder Verbindungen und Kontakte zu haben? Ist das überhaupt möglich?

**Schmale:** Ja, nach meiner Erfahrung von fast vier Jahren ist das möglich. Natürlich muss man mit der Hamas pragmatisch zusammenarbeiten. Damit will ich ausdrücken, nicht eine Übereinstimmung mit deren Ideologie oder einer Zustimmung deren Aktionen, sondern eine pragmatische Zusammenarbeit, um die Freiräume zu schaffen, um unabhängig arbeiten zu können. In meiner Zeit – und ich glaube, dass das seitdem weiter so gelaufen ist – war es sehr möglich, dass die UNO unabhängig im Gazastreifen arbeiten konnte.

**Küpper:** Aber Sie mussten ja auch den Gazastreifen verlassen, weil Sie sich zu israelfreundlich verhalten haben.

**Schmale:** Ja, natürlich gab es da gewissen Druck und wir haben dann entschieden, dass es besser wäre, wenn ich abgezogen werde. Natürlich macht man sich keine Freunde als UNRWA-Direktor im Gazastreifen, wenn man konsistent UNO-Werte und Normen vertritt. Leider ist es dann aber erst nach fast vier Jahren dazu gekommen, dass Hamas darunter einen Schlusstrich gezogen hat. Der Druck ist politisch da, aber das bedeutet nicht, dass UNRWA nicht eine gute Arbeit macht und nicht unabhängig arbeiten kann.

**Küpper:** Aber ist es nicht so in eskalierten Kriegszeiten, wenn wir das jetzt alles gerade besprechen, dass man sich, weil die Lage so ernst ist, entscheiden muss, entweder für die einen oder für die anderen? Solidarität, Hilfe mit beiden geht schlecht?

**Schmale:** Ich glaube, die wichtigsten Solidaritätsleistungen gehen an die Zivilbevölkerung, und ich glaube, die UNO, aber auch andere Organisationen wie das Rote Kreuz oder MSF haben über Jahrzehnte bewiesen, dass man in Kriegsfällen unabhängig arbeiten kann, solange der Fokus auf der Zivilbevölkerung liegt und denen zu helfen. Sie wissen wahrscheinlich, dass das IKRK zum Beispiel sagt, man muss mit allen Konfliktparteien Beziehungen pflegen, pragmatische Beziehungen, wie ich es vorhin ausgeführt habe, und dann geht das in den meisten Fällen, dass man Hilfe der Zivilbevölkerung zukommen lässt.

**Küpper:** Gibt es keine Alternative zu der UNRWA, wenn diese jetzt nun so in der Kritik steht und auch Hilfszahlungen eingestellt werden?

**Schmale:** Von der Größenordnung der Bedürfnisse her gibt es im Moment aus meiner Sicht keine Alternative. Ich habe, glaube ich, erwähnt, dass die UNO im Gazastreifen über zwölf, wenn nicht 13.000 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen hat, Installationen und so weiter, und es gibt mittlerweile zwei Millionen Menschen, die aus ihren Wohnungen und Häusern vertrieben worden sind und die Hilfe brauchen. Zwei Millionen Menschen zu versorgen geht nicht ohne die Kapazitäten der UNRWA.

**Küpper:** Bisher war es vor allem der Zugang, die Zugangsfrage, wo die Hamas eine Rolle spielte. Das könnte sich aber nun doch ändern, oder?

**Schmale:** Können Sie das noch mal wiederholen, Zugangsfrage?

**Küpper:** Die Zugangsfrage zum Gazastreifen, das war bisher vor allem die Kontrolle der Hamas. Das könnte sich jetzt ändern im Zuge dieses Krieges.

**Schmale:** Ja. Zugang ist zum einen von der Hamas bestimmt, aber ich habe versucht auszuführen, dass da durch klare und deutliche Absprechungen das möglich ist. Zugang wird auch von den Israelis kontrolliert. Sie wissen, dass über Monate die Israelis keine Nahrungsmittelhilfe und andere humanitäre Hilfe reingelassen haben. Es geht nicht nur um die Hamas, es geht auch um Israel und um Ägypten. Es muss eine Zusammenarbeit zwischen allen Parteien geben und dann ist humanitäre Hilfe möglich.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*